

'LETZTES WORT'

Müller / Newerla

Der SPD-Staat und seine Staatsschutzjustiz haben es nicht erreicht, den wahren Inhalt dieses Prozesses - die Elimination der Gefangenen aus der RAF am 18. Oktober 1977 - zu verdunkeln. Obwohl der Senat seit 1978 alles getan hat zur Stützung der 'Selbstmord'-Version und für sie noch tonnenweise den Schein sog. richterlicher Überzeugung produzieren wird - denn bei dem Sachstand kann er nur den Schein, aber nicht die Überzeugung selbst haben - trotz alledem ist es hier gelungen, die Tatsachen des 18. Oktober untrennbar mit der coupierten Anklage gegen uns zu verbinden. Die 'Selbstmord'-Version glaubt dem SPD-Staat keiner mehr, oder nur noch die, die sowieso ihr Gehirn und sich selbst dem SPD-Staat unterworfen haben. Doch auf sie kommt es nicht an. Wer sich mit der 'Transport'- und den anderen Hypothesen des Staatsschutzes in diesem Verfahren ernsthaft und unabhängig von der staatlichen Propaganda beschäftigt, steht vor der Dimension des SPD-Staates als Mörderstaat. Und das nicht abstrakt, weil der imperialistische Staat immer Killer ist, sondern ganz konkret: die 3 toten Gefangenen, der Anschlag auf Irmgard Möller und die vollkommen zerstörte Beweisführung der BAW lassen kein Ausweichen zu.

Dieser Erfolg beruht ganz sicher auf dem Mut und der stringenten Arbeit unserer Verteidiger, auch auf unserer Anstrengung, immer am wesentlichen Punkt des Verfahrens festzuhalten. An diesem Erfolg haben auch alle teil, die uns nicht allein gelassen haben und die, die nicht aufgehört haben, sich mit dem 18. Oktober auseinanderzusetzen - letztlich aber entspringt der Erfolg der Dialektik von Widerstand gegen den imperialistischen Staat und seiner objektiven Schwäche. Wäre der Staat von Brandt und Schmidt, und das ist auch der Staat von Strauß

und Kohl, nicht so blutig - er wäre lächerlich in seinem Versuch, sich gerade in dem Massaker von Stammheim noch als der "freiheitlichste, demokratischste, rechtlichste Staat der deutschen Geschichte" behaupten zu wollen. Was in jedem anderen imperialistischen Staat, in den USA, in Frankreich, Italien und anderswo bei dem gleichzeitigen Tod von 3 Gefangenen aus der antiimperialistischen Guerilla der natürliche Verdacht wäre, nämlich dass sie in einer staatlich organisierten Operation eliminiert worden sind, dieser natürliche Verdacht wird in der BRD zum staatsfeindlichen Akt erklärt und verfolgt. Diese und die anderen überdeterminierten Reaktionen, vor allem die auf den Kampf der RAF, den antiimperialistischen Widerstand überhaupt, machen die grundsätzliche Schwäche der BRD deutlich, die keine Geschichte hat als die des alten Faschismus und keine Legitimation durch politische Eigenständigkeit, sondern einerseits Fortsetzung des alten Faschismus mit modernen Mitteln - eben dem der Sozialdemokratie - und andererseits US-Kolonie seit 35 Jahren ist. Gegen Tatsachen, die ihn auf den Begriff bringen, hat dieser Staat nur noch Propaganda und Terror.

Aber - Staatsschutzverfahren setzen Angeklagten und Verteidigern Grenzen. Was hier an Fakten öffentlich gemacht werden konnte, ist veröffentlicht worden. Es ist jetzt die Sache der antiimperialistischen Linken dort weiterzumachen, wo wir aufhören müssen. Wir fordern daher die antiimperialistische Linke in der BRD und in West-Europa auf, eine

INTERNATIONALE UNTERSUCHUNGSKOMMISSION ZUR TODESNACHT  
VON STAMMHEIM

zu gründen, wie es auch zum Tod von Ulrike Meinhof mit Erfolg geschehen ist. Es gilt, die Tatsachen des 18. Oktobers aufzugreifen und die wahre Dimension dieser Nacht aufzudecken, sie gegen den Staat der Sozialdemokratie und seine Verdunkelungsversuche zu wenden.

In diesem Prozeß geht es auch um die Aburteilung unserer Arbeit als Verteidiger zum Schutz des Lebens der Gefangenen aus der RAF. Daß die entsprechenden Anklagevorwürfe weggefallen sind, besagt nichts, denn, wie die Aburteilung von Marion Folkerts gezeigt hat, kann der 129a z.B. ruhig entfallen, der entsprechende Packer Jahre wird dennoch draufgeknallt. Das ist die 'Entpolitisierung der Verfahren', von der Rebmann schwärmt und die der Senat hier in die Praxis umsetzt.

Die Auseinandersetzung mit dem 18. Oktober ist immer zugleich Auseinandersetzung mit der staatlichen Politik zur Vernichtung des antiimperialistischen Widerstands in den Knästen. Und diese Auseinandersetzung kann nur Widerstand sein gegen die Isolationstrakte und die Vernichtungsmaschinen in Moabit, Celle und Lübeck, und Unterstützung derjenigen Forderung zum Schutze der Gefangenen aus der RAF, die der Staat mit aller Macht wegdrücken will, weil ihre Verwirklichung Leben für die Gefangenen bedeuten würde.

Diese Forderung ist nach wie vor:

#### ZUSAMMENLEGUNG DER GEF. ZU INTERAKTIONSFÄHIGEN GRUPPEN.

Diese Forderung ist die Konsequenz aus der jahrelangen Erfahrung, daß der Staat die sonst übliche Integration solange verweigert wie der Gefangene nicht gebrochen, zerstört ist. Diese Tatsache und alle anderen Fakten dazu sind so bekannt, daß wir sie hier nicht wiederholen - aber wir fordern (zum zweiten) die antiimperialistische Linke auf, **o f f e n s i v** und **k o n t i n u i e r l i c h** den Schutz für die Gefangenen aus der RAF zu organisieren.

Schutz heißt auch, konkret den Falschinformationen entgegenzutreten, die seit Jahren von den Regierungen und jetzt wieder vom Hause Eyrich, dem Justizministerium, landesweit verbreitet werden (s. RNZ, BadZ. vom 12./13.01.80). Es ist eine Lüge zu behaupten, Irmgard Möller kapsele sich ab - sie wird isoliert; es ist eine Lüge, zu verbreiten, Armin und ich trüben uns an

der Tischtennisplatte und im übrigen stehe es uns frei, mit den sozialen Gefangenen zusammenzukommen. Wahr ist, daß wir gerade vom Umschluß mit den sozialen Gefangenen ausgeschlossen werden und sie außer bei der 1 Stunde Hofgang täglich und den 2 Stunden Fernsehen in der Woche nicht sehen. Natürlich stimmen auch die Angaben zur Haft von Günter Sonnenberg nicht.

Schutz heißt schließlich auch, Front gegen diejenigen zu machen, die sich als angebliche Linke bewußt und offen an der Vernichtungspraxis des Staatschutz beteiligen. Also gegen Leute wie Ströbele, der mit der TAZ eine Zeitung betreibt, deren Funktion es ist, jedes Stückchen Bewußtsein von Antiimperialismus und Internationalismus, das noch von 68 her in linken Köpfen ist, zu zerstören und zu diesem Zweck die Spalten der TAZ der Hetze gegen die Gefangenen aus der RAF und der Desinformation über ihre Situation seitenweise zur Verfügung stellt. Ströbele dokumentiert so, daß er als ehemaliger Verteidiger von Gefangenen aus der RAF in der Zentralredaktion der TAZ dem SPD-Staat mehr nützt als wenn das alte 129er-Verfahren gegen ihn durchgezogen würde.

Oder Leute wie der ehemalige Gefangene aus der RAF, Grundmann - ebenfalls Mitglied der Zentralredaktion - der genau weiß, was Isolationshaft ist, der aber den Vorschuss, den er von der Staatschutzjustiz 1976 erhalten hat, nämlich kein Lebenslänglich, jetzt abbezahlt, indem er eine Entsolidarisierungskampagne startet, daß niemand mehr den Gefangenen aus der RAF schreiben oder sie besuchen soll. Grundmann übernimmt damit direkt den job des Ermittlungsrichters beim BGH und anderer Haftrichter, die sonst schon alles tun, damit kein politischer Besuch, keine inhaltliche Post zu den Gefangenen kommen.

Oder Leute wie Karl-Heinz Roth, Cohn-Bendit, Knofo und die anderen Sumpfblliten, die alle ihren Wanst retten wollen, indem sie den Normalzug propagieren und mit dieser illusionären Forderung von der realen Lage der Gefangenen ablenken und so Desinformation und Irritation in der Linken schaffen.

In diese Reihe gehört auch Mahler, nach dessen Erfahrungen mit der Isolation die Maschine in Moabit gebaut worden ist, und der jetzt als Kronzeuge gegen die Tatsache der Vernichtungshaft (obwohl seine zerstörte Person gerade für diese Tatsache spricht) dem Bundesinnenminister souffliert, damit Baum die BRD der westeuropäischen Öffentlichkeit als 'Staat des inneren Friedens' darstellen kann.

Sie alle, die aktiv in der Propaganda zur Isolation der Gefangenen dem Staatsschutz an die Seite treten, tun auf ihrer Ebene nichts anderes als die SS-Schergen in den KZ des alten Faschismus: sie helfen mit, Menschen zu vernichten.

Angesichts der Offenheit der staatlichen Massnahmen kann auch keiner hier so naiv sein, daß er auf der von der Bundesregierung gebilligten (Schein-)Diskussion über eine Amnestie abfährt. Wer nicht sehen will, daß sie nur verschleiern soll, wie exzessiv die Vernichtung in den Trakten weiterbetrieben wird, beteiligt sich auch an der Auslöschung der Gefangenen.

Schutz für die politischen Gefangenen zu schaffen, ist nicht mehr eine Frage der Moral, es ist eine existenzielle Sache, denn der imperialistische Staat zielt auf das Leben von jedem, der seine Politik nicht teilt.

Die Politik der Vernichtung von Widerstand zielt über die Trakte hinaus. Der Beschluß der NATO zur offensiven atomaren Aufrüstung West-Europas ist ein entscheidender Schritt des Imperialismus zur Vorbereitung des nächsten Krieges, der endlich die Vernichtung der antiimperialistischen Politik der Sowjetunion und der Völker der 3. Welt bringen soll. Der angestrebten Vernichtung des bewaffneten Widerstands der RAF und des zivilen Widerstands der legalen Linken im Innern entspricht die Planung der Vernichtung antiimperialistischer Politik ausserhalb der Grenzen der BRD.

Das sind Praxis und Planung des Imperialismus - zugleich wird aber sichtbar, daß der Protest der 20.000 niederländischen Frauen gegen die Stationierung der neuen Atomraketen eine natürliche Ergänzung ist zum Kampf der Frauen und Männer in der RAF. Angesichts dieser Dimension, die für 1984 eher als den Grossen Bruder die Verwüstung

von Europa und der westlichen Sowjetunion erwarten läßt, kann für die legalen Antimperialisten der Terror des SPD-Staates kaum noch ein grosses Hindernis sein, den Widerstand zu effektivieren.

Es gibt angesichts des Vernichtungswillens des Imperialismus keine Alternative als den antimperialistischen und internationalistischen Widerstand. Wer glaubt, im warmen Nief der Sozialdemokratie überwintern zu können, irrt sich. Die SPD ist noch nie in einen Krieg geschlittert, wie Brandt jetzt im letzten SPIEGEL (Nr. 3/80) weismachen will, und die SPD ist immer gern für die Ziele des Imperialismus gestorben. Sie hat den 1. imperialist. Raubkrieg 1914 mitermöglicht, sie hat 1933 das Volk den Faschisten überlassen und nichts gegen den 2. Raubkrieg unternommen, sie hat nach 1945 bei jedem Rückeroberungsversuch des US-Imperialismus kollaboriert - wie überhaupt Kollaboration die politische Struktur der SPD ausmacht - sie hat schon 1975 die Zustimmung für die atomare Vernichtung des Territoriums der BRD im Falle eines Krieges gegeben. Der bedingungslose positive Parteitagbeschlúß vom Dezember 1979 zur Übernahme der NATO-Entscheidung macht deutlich, daß die SPD nicht aufhört, sich und das ganze Volk für die Eroberungs- und Ausrottungsziele des Imperialismus opfern zu wollen.

Der Terror des SPD-Staates ist also eine Bedingung bei legaler antiimperialistischer Politik. Wer Widerstand leisten will - und solange die Vernichtungshaft der Gefangenen andauert, ist Widerstand gegen sie notwendig - wird sich der 24-Stunden-Anstrengung stellen, die es hier braucht, um mit den Bedingungen, auch mit dem Terror, fertigzuwerden. Ob er es will, muss sich jeder selbst befragen. Wir wollen dazu nur aus einem Brief von Gudrun Ensslin an die Frauen in Hamburg zitieren. (Der Brief fand sich in den 90 Aktenordnern unseres Verfahrens). Gudrun sagt:

"der irrtum ist, zu glauben, daß es jemand geben könnte, der aus der erfahrung der schwäche kämpft, weil er ausgebeutet, unterdrückt, geschlagen wird. wer kämpft hat irgendwann, irgendwie, jedenfalls als seine sache stärke kennengelernt, gespürt, gemerkt - er würde sonst nicht kämpfen, hätte sonst nichts gemerkt."

Was dieses Verfahren angeht, so - meinen wir - hat auch es gezeigt, daß Menschen immer stärker sind als der imperialistische Staat, wenn sie als Menschen siegen wollen.

Stammheim, den 22. Januar 1980